Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/4926

26. 03. 76

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 31. März 1976
am Donnerstag, dem 1. April 1976

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. **Abgeordneter Dr. Sperling** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Mindestgrenzen für die von den Versicherungen zu deckenden Schadenssummen für ausländische Pkws, die in der Bundesrepublik Deutschland fahren, so zu erhöhen, daß in der Bundesrepublik Deutschland von solchen Fahrzeugen angerichtete Schäden auch tatsächlich abgedeckt werden können und geschädigte Bürger dieses Landes nicht gezwungen werden, sich an mittellose ausländische Fahrer zu halten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

2. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche zukünftigen Planungen hegt die Bundesregierung hinsichtlich eines Ausbaus des Deutschen Krebsforschungszentrums Heidelberg (DKFZ), und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang das jüngste Memorandum dieser Institution?

3. Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesminister für Forschung und Technologie mich — wie in der Westfälischen Rundschau vom 26. Februar 1976 gemeldet — wegen meiner Öffentlichkeitsarbeit gerügt hat, und wenn ja, welche Gründe haben ihn dazu veranlaßt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit und die gesetzlichen Möglichkeiten, der offensichtlichen Umgehung des § 25 des Parteiengesetzes, der bei Spendenleistungen über 20 000 DM an politische Parteien die Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders zwingend vorschreibt, Einhalt zu gebieten, und wird sie entsprechende Schritte unternehmen?

5. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Welche Gesamtkosten entstehen durch die Anordnung des Bundesinnenministeriums, die Dienstkleidung der Kraftfahrer im Bundesdienst künftig mit Biesen zu versehen?

6. **Abgeordneter Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im öffentlichen Bereich die Zahl der Ausbildungsplätze ständig zurückgeht, obwohl in der derzeitigen Phase der Jugendarbeitslosigkeit und einer zu geringen Zahl qualifizierter Ausbildungsplätze auch staatliche und kommunale Behörden in besonderem Maße verpflichtet sind, Ausbildungsplätze für Jugendliche bereitzustellen, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

7. Abgeordneter **Hölscher** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die zunehmende Besorgnis (von Zeitungsverlegern) vor allem im südwestdeutschen Raum, daß die zunehmenden Anzeigengeschäfte der Gemeindeamtsblätter die Existenz der vom Anzeigengeschäft abhängigen Tagespresse gefährden, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht sie, um eine derartige Existenzgefährdung der Tagespresse abzuwehren?

8. Abgeordneter **Dr. Waigel** (CDU/CSU)

Entspricht es den Tatsachen, daß Sprechfunkanlagen des Katastrophenschutzes, die bereits gekauft und eingerichtet sind, deswegen nicht betrieben werden dürfen, weil eine Abstimmung zwischen dem Bundesinnenminister und den Oberpostdirektionen über die Anerkennung des Katastrophenschutzes als Nachfolgeorganisation des Luftschutzhilfsdienstes trotz jahrelanger Bemühungen noch nicht erfolgt ist?

9. **Abgeordneter Dr. Waigel** (CDU/CSU)

Wo können wegen dieses Sachverhalts Sprechfunkanlagen nicht eingesetzt werden, und wie hoch ist der Wert dieser Geräte?

10. **Abgeordneter Gansel** (SPD)

Warum ist noch keine Unfallverhütungsrichtlinie für den öffentlichen Dienst des Bundes nach dem Arbeitssicherheitsgesetz in Kraft getreten, und wann ist spätestens mit einer solchen Richtlinie zu rechnen?

11. Abgeordneter **Grimming** (SPD)

Wie hoch ist die Zahl der im Bundesdienst Beschäftigten, die in Berlin (West) tätig sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

12. **Abgeordneter Ollesch** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Versicherungsgesellschaften keinen Versicherungsschutz in der Kfz-Haftpflicht gewährleisten, wenn in einem Fahrzeug zum wiederholten Mal Fahrgäste mitgenommen werden, die sich an den Kosten, z. B. Benzingeld, beteiligen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um Arbeitnehmern, Schülern und Studenten in Zukunft die Bildung von Fahrgemeinschaften bei vollem Versicherungsschutz zu gewährleisten?

13. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Erlaubnis der Deutschen Bundesbank für die Anlage von liquiden Kassenmitteln im Bankensystem zu erreichen?

14. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, den erneut erhobenen Vorwürfen steuerlicher Manipulationen im Zusammenhang mit der Zahlung von Spenden von gemeinnützigen Körperschaften an politische Parteien noch einmal nachzugehen und eingehende Prüfungen vorzunehmen?

15. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß den Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Deutschen Bundespost die Mit- oder sogar Hauptverantwortung für den Verlust von mindestens 650 Millionen DM trifft, den eine von der öffentlichen Hand getragene Bank erlitten hat?

16. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein Gutachten eindeutig die Mit- oder Hauptveranwortung des Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Deutschen Bundespost an dem Bankendebakel festgestellt hat, und wenn ja, ist die Bundesregierung bereit, es zu prüfen?

17. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Kfz-Steuerausfälle entstehen der Bundesrepublik Deutschland jährlich dadurch, daß Lastkraftwagen aus anderen Staaten durch und aus der DDR über die Grenzkontrollstellen kommen und keine Kfz-Steuer zu entrichten haben?

18. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg** (CDU/CSU)

Ist die Schätzung eines Sparer-Kaufkraftverlustes seit 1970 in Höhe von 180 Milliarden DM richtig, und welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung auch angesichts der neuerlichen Zinssenkungen, um weitere Schäden von den Sparern abzuwenden, die ihre Zinsen, die die Verluste nicht decken, grundsätzlich auch noch versteuern müssen?

19. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das französische Alkoholmonopol den deutschen Markt mit reinem Alkohol zu einem Hektoliterpreis von z. Z. 170 FF überschwemmt, dagegen im eigenen Land einen Preis von 420 FF verlangt und dadurch die Existenz der Brennereien in der Bundesrepublik Deutschland durch diese Dumpingpreise trotz der Stützungsmaßnahmen auf das schwerste gefährdet wird, und wenn ja, was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?

20. Abgeordneter **Fiebig** (SPD)

Ist die Bundesregierung gewillt, zur Erhaltung der Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland eine sofortige Einfuhrsperre für Alkohol gegenüber allen EG-Staaten zu verhängen, da

das Verhalten der EG-Partner nicht EG-vertragskonform ist und die Bundesrepublik Deutschland zum Abladeplatz für EG-Agraralkohol bei Zerstörung des eigenen Markts wird und dadurch chaotische Zustände herbeigeführt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

21. Abgeordneter **Orgaß** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, daß der Betrieb der traditionsreichen Maschinenfabrik Heidenreich & Harbeck in Hamburg (Gesamtbelegschaftsstärke rund 1000 Arbeitnehmer), der vor vier Jahren von einem Werkzeugmaschinenkonzern aus Bielefeld aufgekauft wurde, und bei dem jetzt Massenentlassungen zwischen 800 und 900 Arbeitnehmern bevorstehen, die letztlich zur völligen Schließung des Betriebs führen können, weitergeführt werden kann, zumal in den letzten fünf Jahren in der Hamburger Metalbranche bereits 23 000 Arbeitsplätze verloren gingen, und hat sie in ähnlich gelagerten Fällen bereits Hilfsmaßnahmen ergriffen?

22. Abgeordneter **Orgaß** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung insbesondere eine Innovationsförderung oder Bundesbürgschaft in Erwägung ziehen, um den Betrieb zu erhalten, zumal der Konzern erklärte, diesen Betrieb verschenken zu wollen und die Belegschaft erwägt, zur Erhaltung ihrer Arbeitsplätze für die vorwiegend langjährig im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer (Durchschnittsbetriebszugehörigkeit 17 Jahre), die bei der Arbeitsmarktlage im Raume Hamburg keinerlei Chance anderweitiger Beschäftigung fänden, den Betrieb in eigene Regie zu übernehmen und dafür auch finanzielle Opfer zu bringen, und wird die Bundesregierung diesen Fall zum Anlaß nehmen, eine Verbesserung der Hilfsmöglichkeiten für notleidende Betriebe in Betracht zu ziehen, um Arbeitsplätze zu erhalten?

23. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)** (SPD)

Trifft es zu, daß das Bundeskartellamt unter Bezugnahme auf das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen gegen Wirtschaftsunternehmen vorgeht oder vorzugehen beabsichtigt, die aus anderen als wirtschaftlichen (z. B. politischen — etwa Förderung bestimmter Ideen wie Gedanken der Gemeinwirtschaft — oder religiös-konfessionellen) Gründen Teilnehmer am Wirtschaftsleben wettbewerbswidrig bevorzugen?

24. Abgeordneter **Dr. Arndt (Hamburg)** (SPD)	Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, einem solchen Vorgehen des Bundeskartellamts im Hinblick darauf, daß auch Wirtschaftsunternehmen im Rahmen des Artikels 19 Abs. 3 des Grundgesetzes Grundrechtsschutz (z. B. Meinungsfreiheit) genießen, mit entsprechenden Weisungen entgegenzutreten?
25. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)	Wird die Bundesregierung die Bemühungen der Regierung der USA unterstützen, international die Einführung bestimmter Verhaltensregeln für alle Großkonzerne zur künftigen Vermeidung von Bestechungsfällen zu erreichen, und welche Vorstellungen hat hierzu die Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

26. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)	Auf welchem Weg ist es sichergestellt, daß bei der Verordnung über die Berufsausbildung zum Tierwirt vom 10. März 1976 (Bundesgesetzbl. I S. 514) bei den in der Anlage zu § 4 in Abschnitt VI „Fünftes Ausbildungshalbjahr" unter lfd. Nummer 2 aufgeführten zu vermittelnden Fertigkeiten und Kenntnissen besonders bei Buchstaben c [Kürzen des Schwanzes (im Sinne des § 5 Abs. 3 Nr. 3 und 4 des Tierschutzgesetzes)] und bei Buchstaben e [Absetzen des krallentragenden letzten Zehengliedes bei Masthahnenküken (im Sinne des § 5 Abs. 3 Nr. 7 des Tierschutzgesetzes)] den Auszubildenden die nötigen medizinischen Kenntnisse vermittelt werden, um den Anforderungen des Tierschutzgesetzes zu genügen, und liegen zu den angesprochenen Regelungen der Verordnung bereits Stellungnahmen von Organisationen vor?
27. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)	Trifft es zu, daß 600 Millionen kg Äpfel aus der vorjährigen Ernte in den EG-Ländern vernichtet werden sollen, und wenn ja, welche Schritte wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?
28. Abgeordneter **Dr. Ahrens** (SPD)	Wie hoch werden die Kosten einer solchen Vernichtungsaktion sein, falls eine Verhindederung dieser Aktion nicht möglich ist?
29. Abgeordnete **Frau Dr. Riedel-Martiny** (SPD)	Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung durchführen, um die Vernichtung großer Mengen von Qualitätsäpfeln im Rahmen der EG-Marktordnung zu verhindern und damit die Preise für die Verbraucher zu senken, und wird sie darauf hinwirken, die aus Verbrauchersicht skandalöse Marktordnung möglichst schnell zu ändern?

30. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im innerdeutschen Handel verstärkt Blütentopfpflanzen aus der DDR nach Berlin (West) zu einem Preis geliefert werden, der weit unter den Gestehungskosten vergleichbarer deutscher Gartenbaubetriebe liegt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um auf diesem Gebiet einen unverfälschten Wettbewerb und damit den Bestand von rentablen Betrieben aufrechtzuerhalten, die durch Einräumung von Dumpingpreisen durch die DDR ernsthaft gefährdet sind?

31. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie wirkt sich die Umstellung der Indizes für landwirtschaftliche Erzeuger- und Betriebsmittelpreise auf das Basisjahr 1970 anstatt 1962/1963 aus, zumal in der Bundesrepublik Deutschland durch die Aufwertung der DM 1969 die Agrarpreise 1970 besonders niedrig waren?

32. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie hoch wurde der Grenzausgleich wegen der Abwertung des französischen Franc festgesetzt, reicht die Höhe aus, um Wettbewerbsnachteile für die deutsche Landwirtschaft zu vermeiden?

33. Abgeordneter **Dr. Früh** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, daß Importeure, Verarbeiter, Verteiler und Handelsorganisationen im Hinblick auf die zu erwartende Kautionsregelung seit Wochen pflanzliches Eiweiß für Futtermittel nur sehr zögernd abgegeben haben, um für hohe Lagervorräte den Kautionsaufschlag dem Abnehmer unberechtigterweise in Anrechnung stellen zu können, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

34. Abgeordneter **Dr. Früh** (CDU/CSU)

Trifft es weiterhin zu, daß durch verschieden und pauschal berechnete Höhe der Kaution, uneinheitliche Einsetzungstermine, Nichteinlösung der Kaution, durch entsprechenden Einkauf von Magermilchpulver totale Verwirrung bei den Landwirten als Endabnehmer herrscht, und sieht sich die Bundesregierung deshalb in der Lage, durch eine Modellrechnung den Gesamtzusammenhang zwischen der Kaution für das pflanzliche Eiweiß und dem entsprechenden Abbau der Magermilchpulvervorräte so darzustellen, daß Mißbrauch, weil durch jeden Abnehmer nachprüfbar, nicht möglich sein wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

35. Abgeordneter **Dr. Müller (München)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die grenzüberschreitende Lieferung von frischem Brot aus Ländern, in denen kein Nachtbackverbot besteht, die Konkurrenzfähigkeit mittelständischer Bäckereien einschließlich der Ausbildungsplätze, gefährdet wird, und ist die Bundesregierung bereit, eine Initiative zur Aufhebung des Nachtbackverbots zu ergreifen?

36. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat der Bundesarbeitsminister bisher von der im § 9 des Arbeitsförderungsgesetzes eingeräumten Möglichkeit, durch Rechtsverordnung eine Meldepflicht über offene Stellen (Arbeits- und Ausbildungsplätze) zu schaffen, keinen Gebrauch gemacht?

37. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für notwendig, daß das zum 1. Januar 1976 geänderte Arbeitsförderungsgesetz dahin gehend korrigiert wird, daß insbesondere jungen Umsiedlern auch innerhalb von drei Jahren zweimal eine Förderung ermöglicht wird, nämlich in sprachlicher und in beruflicher Hinsicht, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

38. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die am 15. März 1976 veröffentlichte NATO-Studie, derzufolge Westeuropa einem Überraschungsangriff des hochgerüsteten Warschauer Pakts weitgehend hilflos gegenüberstehen würde, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus?

39. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung mit der Pflicht des Soldaten, durch sein gesamtes Verhalten für die Erhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzutreten und sich nicht zugunsten einer politischen Richtung zu betätigen, für vereinbar, daß ein Gefreiter der Bundeswehr als DKP-Funktionär und -Parteitagsdelegierter gleichzeitig Vertrauensmann seiner Einheit ist und in seiner Einheit kommunistische Ansichten verbreitet (ARD-Report-Sendung vom 22. März 1976)?

40. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

In welchen weiteren Einheiten der Bundeswehr sind DKP-Funktionäre oder DKP-Mitglieder als Vertrauensmänner der Truppe tätig, und was gedenkt die Bundesregierung im genannten Fall, sowie grundsätzlich, dagegen zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

41. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)

Zu welchem Ergebnis haben die weiteren Erörterungen der Bundesregierung mit den Ländern, die in der Antwort der Bundesregierung (Drucksache 7/2488) auf die Kleine Anfrage betreffend Approbationsordnung für Ärzte (Drucksache 7/2162) in Aussicht gestellt wurde, in bezug auf eine ausreichende Haftpflichtversicherung der Studenten der Medizin während der praktischen Ausbildung geführt?

42. Abgeordnete **Frau Funcke** (FDP)

Gibt es nach diesen Erörterungen immer noch Länder, in denen Medizinstudenten während ihrer praktischen Ausbildungszeit in Hochschulkliniken und Lehrkrankenhäusern nicht gegen nicht auszuschließende Haftpflichtrisiken versichert sind, und wenn ja, welche Länder sind das?

43. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung amerikanischer und schwedischer Wissenschaftler, daß die zur Entkeimung von Getränken verwendete Chemikalie Baycovin (Pyrokohlensäurediäthylester = PKE) krebserregende Wirkung hat, und denkt sie gegebenenfalls an ein Verbot bei der Herstellung von Limonaden (ein Verbot bei der Herstellung von Wein besteht bereits), oder schließt sie sich der Meinung der Limonadenhersteller an, daß diese Chemikalie in alkoholfreien Getränken nicht krebserregend ist?

44. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das erstaunliche, beinahe unglaubwürdige, Ergebnis einer Befragung des Statistischen Bundesamts in Wiesbaden, nach welcher 2,5% aller Kinder unter 16 Jahren körperlich, geistig oder seelisch behindert seien, es gäbe 27% Lernbehinderungen, 17% geistige Behinderungen, 20% körperliche und 17% Behinderungen an den Sinnesorganen, doch nur bei 53% der behinderten Kinder fände eine ärztliche Behandlung statt, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus gegebenenfalls zu ziehen?

45. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

In welcher Weise sieht die Bundesregierung die Aufklärungskampagne des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit zu den Gefahren des übermäßigen Nikotingenusses durch die Annonce von Bundesminister Gscheidle in der Werbezeitschrift des Vereins zur Förderung des deutschen Tabakwaren-Einzelhandels „Raucher Revue" Nr. 1/1976 unterstützt?

46. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, beim Bundesjugendplan darauf Rücksicht zu nehmen, daß eine Reihe von aktiven Jugendverbänden ehrenamtlich Tätige haben, die über 21 Jahre alt sind und aus beruflichen Gründen zu Schulungszwecken im Regelfall nur an Wochenenden fahren können und deswegen durch die geplanten vier Tage als Untergrenze bei förderungswürdigen Maßnahmen und 21 Jahre Obergrenze bei der Festsetzung des Höchstalters benachteiligt würden?
47. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Bundesregierung sich weigert, dem Beschluß des Deutschen Bundestages vom 21. Juni 1974, ein Gesamtprogramm „Nichtraucherschutz" zu entwickeln, nach dem Vorbild des Aktionsprogramms zur Verhütung und Eindämmung des Alkoholmißbrauchs mit einem Bund-Länder-Programm, zu entsprechen, und welche Überlegungen haben die Bundesregierung so lange davon abgehalten, dem Beschluß des Deutschen Bundestages nachzukommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

48. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wonach bei der Frage nach einer sachgerechten Bedienung der Flächen nicht nur auf das zu erwartende Verkehrsaufkommen abgestellt werden darf, sondern jeweils auch die anzustrebende regionale Verteilung der Bevölkerung und der Arbeitsplätze sowie die Wirtschafts- und Siedlungsstruktur in die Bewertung einbezogen werden muß, wie von der Ministerkonferenz für Raumordnung vertreten, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?
49. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)	Was wird die Bundesregierung unternehmen, um für die Dauer der Ungewißheit, in der die Hälfte des Streckennetzes der Deutschen Bundesbahn zur Disposition steht, negative raumordnungspolitische Konsequenzen zu vermeiden?
50. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, in ihrer gemeinsamen Geschäftsordnung sicherzustellen, daß die Belange der Raumordnung künftig mehr als bisher mit den Fachressorts sowie mit der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes abgestimmt werden?

51. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Kann nach Auffassung der Bundesregierung über den Bundesfernstraßenplan für die Jahre 1976 bis 1985 sachgerecht entschieden werden, ohne daß zuvor Klarheit über das zukünftige Schienennetz der Deutschen Bundesbahn besteht, und wenn nein, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

52. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung veranlaßt, Ende 1975 den Vorstand der Deutschen Bundesbahn das optimale Streckennetz vorlegen zu lassen und erst nach einer Zwischenzeit von 3 bis 4 Jahren die endgültige Entscheidung über das Streckennetz der Deutschen Bundesbahn zu fällen?

53. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um möglichst bald für die betroffenen Regionen Auffangkonzepte vorzulegen, wie hier in Zukunft die Verkehrsbedienung und die Transportkostenbelastung aussehen soll?

54. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung des Fremdenverkehrs, daß der Bus mit seinen Umsteigevorgängen bei der Beförderung von Passagieren mit umfangreichem Urlaubsgepäck nicht immer ein befriedigender Ersatz für die Schiene sei, und wenn ja, wird sie dieser Befürchtung Rechnung tragen?

55. Abgeordneter **Sick** (CDU/CSU)

Will die Bundesregierung verhindern, daß in den ohnehin strukturschwachen Gebieten die Verkehrsleistungen in Zukunft kostendeckend erbracht werden müssen, während die wirtschaftsstarken Regionen weiterhin auf der Schiene ihre Transporte in hohem Maße subventioniert erhalten, wenn ja, mit welchen Mitteln?

56. Abgeordneter **Dr. Waffenschmidt** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die jahrelange Ungewißheit über das endgültige Streckennetz der Deutschen Bundesbahn mittel- und längerfristige Betriebsentwicklungspläne der Unternehmen wesentlich erschwert, sofern diese Unternehmen an Strekken der Deutschen Bundesbahn liegen, die nicht zum betriebswirtschaftlich optimalen Netz gehören, und wenn ja, wird sie dies zum Anlaß nehmen, die Ungewißheit so schnell wie möglich zu beseitigen?

57. Abgeordneter **Dr. Waffenschmidt** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die jahrelange Ungewißheit über das endgültige Streckennetz der Deutschen Bundesbahn zur Unsicherheit vieler Städte und Gemeinden bei ihrer Entwicklungsplanung führt, und wenn ja, wird sie sich dementsprechend verhalten?

58. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)

Hat sich die Bundesregierung bereits einen Überblick darüber verschafft, wieviel Schwerpunktorte der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" nach dem optimalen Streckennetzmodell der Deutschen Bundesbahn den Gleisanschluß verlieren?

59. Abgeordneter **Dr. Warnke** (CDU/CSU)

Welche Kriterien werden dem Staatssekretärausschuß bei der Beurteilung vorgegeben, ob Schwerpunktorte der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" ihren Gleisanschluß verlieren sollen?

60. Abgeordneter **Dr. Böhme (Freiburg)** (SPD)

In welchem Verfahren werden die von der Deutschen Bundesbahn vorgelegten betriebswirtschaftlichen Zahlen geprüft, um unter Einbeziehung von verkehrs-, regional- und strukturpolitischen Gründen das volkswirtschaftlich erforderliche Verkehrsnetz der Deutschen Bundesbahn zu erstellen, und ist dabei auch sichergestellt, daß Vorschläge von Gemeinden Gehör finden und beim Prozeß der Entscheidungsfindung mitberücksichtigt werden?

61. Abgeordneter **Dr. Böhme (Freiburg)** (SPD)

Welchen Stand haben die Planungen der Deutschen Bundesbahn im Ausbau- und Neubauprogramm für eine Schnellfahrlinie im Rheintal (neue zweispurige Trasse), bis wann ist mit einem Abschluß der Planung zu rechnen, und können Angaben über den Zeitpunkt einer Realisierung der Ausbaupläne gemacht werden?

62. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welches Ergebnis hat die wegen des geringen Bevölkerungswachstums und der dementsprechend geringeren Zunahme des Personen- und Güterverkehrs für die Neubaustrecke Hannover—Würzburg durchgeführte Aktualisierung der Wirtschaftlichkeitsberechnung, auf die die Bundesregierung mich auf meine Frage Nr. 52, Drucksache 7/4130 vom 8. Oktober 1975, hingewiesen hat, und liegt für das 7,5 Milliarden DM-Projekt für den Fall, daß es ausgeführt werden soll, ein konkreter Finanzierungsplan vor?

63. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Vereinbarungen wurden mit der DDR über die verkehrsmäßige Sicherheit (Hilfe bei Katastrophen, Unfällen) auf dem ca. 2 km langen Eisenbahnstreckenabschnitt Wildeck/Raßdorf—Wildeck/Hönebach, der durch DDR-Gebiet führt, aber von der Deutschen Bundesbahn unterhalten wird und auch mit Personal der Deutschen Bundesbahn befahren wird, getroffen?

64. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Ostberliner Verkehrsministerium sich weigert, die anläßlich des im Juni 1976 im Land Berlin stattfindenden 17. Deutschen Chorfestes vorgesehenen 28 Sonderzugpaare zuzulassen, und wie beurteilt — bejahendenfalls — die Bundesregierung diese neuerliche Schikane Ost-Berlins im Zusammenhang mit den in letzter Zeit sich häufenden Vertragsverletzungen Ost-Berlins?

65. Abgeordnete **Frau Dr. Riedel-Martiny** (SPD)

Sind der Bundesregierung vom ADAC veröffentlichte Untersuchungen bekannt, die die Gefährlichkeit der Lenkräder und Lenksäulen in Kraftfahrzeugen nachweisen, und wird sie die Sicherheitsanforderungen der Europäischen Vorschrift ECE 12 im Sinne der Untersuchungsergebnisse überarbeiten und verschärfen?

66. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Vergünstigung, die die Deutsche Bundesbahn den Rentnern einräumt, niemals 50%, wie in der Werbung behauptet, betragen kann, da für den zur Geltendmachung benötigten Seniorenpaß zusätzlich bis zu 98 DM bezahlt werden müssen, und wie begegnet die Deutsche Bundesbahn — bejahendenfalls — dem Vorwurf irreführender Werbung?

67. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Weigerung der DDR, Sonderzüge für die Teilnehmer des Sängerfestes in Berlin zur Verfügung zu stellen, ein Bruch der Vorschrift des Artikels 1 Abs. 2 des Verkehrsvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 26. Mai 1972 darstellt?

68. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Durch welche Maßnahmen wird die Bundesregierung gegenüber der DDR sicherstellen, daß entsprechend Artikel 10 Abs. 2 des Verkehrsvertrags die Anreise der Teilnehmer am Sängerfest mit Sonderzügen im vorgesehenen vollen Umfang gewährleistet ist?

69. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Hat die DDR in anderen Fällen seit Abschluß des Verkehrsvertrags sich ebenfalls geweigert, Sonderzüge aus besonderen Anlässen einzusetzen?

70. Abgeordneter **Straßmeir** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Weigerung der DDR, Sonderzüge zum Sängerfest zur Verfügung zu stellen, ein weiterer Schritt im Zusammenhang der zielgerichteten Kampagne der DDR gegen Berlin ist?

71. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, geeignete Maßnahmen zu treffen bzw. gesetzliche Regelungen vorzusehen, die geeignet sind, die Zahl der Abstürze privater Flugzeuge zu reduzieren?

72. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, das Auffinden abgestürzter Privatflugzeuge dadurch zu erleichtern und zu beschleunigen, daß sie durch eine gesetzliche Regelung oder durch eine Verordnung den Einbau von Notrufsendern, wie es das Luftfahrtbundesamt angeregt hat, vorschreibt?

73. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Trifft es zu, daß die zuständigen Behörden bei der Ausgabe von sogenannten Zollkennzeichen für Pkw zum Teil so geringe Anforderungen an die Verkehrssicherheit der Fahrzeuge stellen, daß auch schrottreife Autos die Kontrolle passieren, und was kann die Bundesregierung hiergegen gegebenenfalls tun?

74. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Welche Gründe sprechen dafür, daß die Deutsche Bundespost in ihrer Fernmeldeordnung, auch unter der Rubrik Ausnahmefälle, beim Ableben eines Fernsprechanschlußinhabers eine sofortige oder zumindest zum Monatsende mögliche Kündigung des Fernsprechanschlusses nicht vorsieht, wenn die Angehörigen den Anschluß nicht weiter aufrechterhalten wollen, der auf den Namen des Verstorbenen eingetragen ist?

75. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Welche Möglichkeit sieht der Bundespostminister, diese für die verbliebenen Angehörigen außerordentlich nachteilige Auswirkung abzustellen?

76. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß die Deutsche Bundespost im Jahr 1975 noch 1800 Auszubildende gegenüber 6000 Jugendlichen in früheren Jahren, so z. B. das Fernmeldeamt Mainz 1976 ganze acht Jugendliche gegenüber 70 Jugendlichen im Jahr 1973 zur Ausbildung einstellt, bereit, daraufhinzuwirken, daß die Zahl der Ausbildungsstellen wieder auf den Stand der Jahre 1972/1973 angehoben wird, und bis wann könnten auf diese Weise wieviel neue Ausbildungsplätze geschaffen werden?

77. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob bei der Genehmigung von Sonderstempeln durch die jeweilige Oberpostdirektion vorgeschrieben wird, bei welchem Hersteller der Sonderstempel in Auftrag zu geben ist?

78. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Weiß die Bundesregierung, ob sich dadurch zum Teil erhebliche Preisunterschiede ergeben, und wenn ja, was gedenkt sie dagegen zu tun?

79. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Welche Begründung kann der Bundespostminister dafür geben, daß für die Olympiamarke zu 70 Pfennig und einem Zuschlag von 35 Pfennig zugunsten der deutschen Sporthilfe mit dem Motiv der Sportart Rudern nicht der vom Kunstbeirat einstimmig vorgeschlagene Entwurf, sondern das von ihm abgelehnte Bildnis des DDR-Silbermedaillengewinners von den sachkundigen Referenten für Briefmarken im Bundespostministerium und im Bundesinnenministerium genommen wurde, und haben dabei persönliche oder private Gründe eine Rolle gespielt, und trifft es zu, daß der zuständige Referent im Bundespostministerium demnächst Präsident der Bundesdruckerei in Berlin werden soll?

80. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost in großem Ausmaß öffentliche Fernsprechstellen im flachen Land (in kleineren Dörfern und Streusiedlungen) aufgibt, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls der Meinung, daß dies die Chancengleichheit, die Ausgewogenheit der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land, die Verbesserung der Lebensqualität und die Sicherheit der dortigen Bevölkerung fördert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

81. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, in Zukunft bei Gesetzentwürfen raumordnungspolitische und strukturpolitische Probleme zu berücksichtigen und dies gesondert auf dem Deckblatt der dem Bundestag zugeleiteten Entwürfe auszuweisen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

82. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der CDU/CSU, daß jüngste Maßnahmen von verantwortlicher Seite der DDR, wie zum Beispiel willkürliche Visaverweigerung für Journalisten, sowohl gegen die von SED-Chef Honecker für die DDR unterzeichnete KSZE-Schlußakte und deren politisch-moralische Absichtserklärungen als auch gegen „Geist und Buchstabe" des innerdeutschen Grundvertrags und der mit diesem verbundenen Abreden verstoßen, sich die DDR somit vertragswidrig verhält und nicht zur Normalisierung des innerdeutschen Verhältnisses beiträgt?

83. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Konnte im Zusammenhang mit dem neuen Postabkommen und der Aufrechterhaltung der Postpauschalzahlung von jährlich 30 Millionen DM an die DDR eine Erleichterung der restriktiven „Zoll"-Bestimmungen der DDR erreicht werden, und wurden insbesondere verbindliche Zusagen bezüglich des Punkts 10 des Zusatzprotokolls zu Artikel 7 des Grundvertrags (Bezug von Büchern, Zeitschriften etc.) erreicht?

84. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Welche Bemühungen hat die Bundesregierung im einzelnen unternommen, um anläßlich der Neufestsetzung (Erhöhung) der Transitpauschale eine Senkung der immer noch nicht völlig reduzierten Zwangsumtauschquote zu erreichen?

85. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Welche Erfolge hat die Bundesregierung in bezug auf die Senkung des ausreiseberechtigenden Alters für Einwohner der DDR im Zusammenhang mit der Erhöhung des jährlichen Überziehungskredits im innerdeutschen Handel von 850 Millionen DM vorzuweisen?

86. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Welche finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die DDR zur Erfüllung des Protokolls vom 30. September 1971 anzuhalten, demzufolge bis zum 31. Dezember 1974 der vollautomatische Fernsprechverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR eingeführt werden sollte?

87. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Welche wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher ergriffen, um die DDR zu einem Verhalten zu bewegen, das den Abmachungen des innerdeutschen Grundvertrags, den damit zusammenhängenden anderen Verträgen, insbesondere der Charta der Vereinten Nationen, und den Bestimmungen der Schlußakte der KSZE entspricht?

88. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung unter Berücksichtigung der kritischen Diskussion in der Öffentlichkeit nach wie vor der Auffassung, daß der „DDR-1976-Kalender" bedenkenlos in den Schulen verteilt werden kann und keine Fehlinformationen vermittelt?

89. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Wie wirken sich die vertragswidrigen Behinderungen der journalistischen Tätigkeit durch Ost-Berlin auf die Ergiebigkeit der Berichterstattung der dort tätigen Journalisten aus dem freien Teil Deutschlands aus, und ist bereits die Darstellung im „DDR-1976-Kalender" auf entsprechende Befürchtungen der Autoren zurückzuführen?

90. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)	Welche Hörfunk- und Fernsehsender in der DDR und welche ihrer Programmsparten und Sendungen sind der Bundesregierung bekannt, die sich thematisch überwiegend mit Ereignissen und Entwicklungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen?
91. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)	Ist die Bundesregierung bereit, der Öffentlichkeit ihre Erkenntnisse über das Ausmaß zugänglich zu machen, in welchem sich Rundfunksender der DDR mit Ereignissen und Entwicklungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland beschäftigen?
92. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Bundesregierung ausgerechnet an dem Tag, an dem der Internationale Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte in Kraft getreten ist, Druck auf das ZDF und den Fernsehmoderator Löwenthal ausgeübt hat, um zu verhindern, daß in der an diesem Tag ausgestrahlten Sendung neue Namen von Aussiedlungswilligen aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland, die von Artikel 12 dieses Pakts Gebrauch machen wollen, bekanntgegeben werden, und wie ist ein solches Verhalten bejahendenfalls mit der Verfassungspflicht der Bundesregierung zur Achtung und zum Schutz der Grund- und Menschenrechte aller Deutschen zu vereinbaren?
93. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen es abgelehnt hat, die Liste des Fernsehmoderators Löwenthal mit Namen von Deutschen aus der DDR, die in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln wollen, zu überprüfen und ihm diejenigen Namen zu bezeichnen, die sich auf Grund geheimer Verhandlungen mit DDR-Behörden nicht für eine Veröffentlichung eignen, wie in der Welt vom 25. März 1976 berichtet wurde, und wie beurteilt die Bundesregierung bejahendenfalls das Verhalten des Bundesministers?
94. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die zuständigen Stellen der DDR engsten Familienangehörigen selbst dann die Einreisegenehmigung in die Bundesrepublik Deutschland verweigern, wenn es sich — wie bei dem jüngsten Fall in Neu-Isenburg — um den Tod der Mutter handelt?
95. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)	Welche Schritte gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um künftig solche Fälle wie den in Neu-Isenburg zu verhindern und bei der Regierung der DDR darauf zu drängen, daß die mit der Bundesrepublik Deutschland getroffenen Abmachungen auch für die zuständigen Behörden in der DDR Gültigkeit haben?

96. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)	Haben Mitglieder der Bundesregierung, und gegebenenfalls welche und in welcher Form, auf die Leitung des ZDF und auf den Fernsehrat des ZDF eingewirkt, um eine Absetzung oder inhaltliche Einschränkung der vom ZDF-Magazin vorbereiteten Sendung „Hilferuf von drüben" am 23. März 1976 zu erreichen?
97. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)	Billigt die Bundesregierung derartige Handlungen, oder sieht sie in ihnen eine grundgesetzwidrige Vorzensur und eine Verletzung von Artikel 5 des Grundgesetzes?
98. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß — wie in der Welt vom 25. März 1976 gemeldet —, das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen es abgelehnt hat, eine ihm vom ZDF-Magazin angebotene Namensliste von Hilfesuchenden darauf zu prüfen, ob hierunter Personen fielen, über deren Ausreise z. Z. geheim verhandelt werde, und billigt die Bundesregierung bejahendenfalls die Ausschlagung der Kooperation durch das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen?
99. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß das Eintreten staatlicher Behörden der Bundesrepublik Deutschland, öffentlich-rechtlicher Institutionen und privat-rechtlicher Institutionen und Personen in der Bundesrepublik Deutschland für die Menschenrechte der Bewohner der DDR eine völkerrechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates und Verletzung dessen Souveränität darstellt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

100. Abgeordneter **Schluckebier** (SPD)	Gibt es Pläne oder konkrete Vorhaben für eine Zusammenarbeit von Entwicklungsdiensten für Freiwillige aus der Bundesrepublik Deutschland und anderen Industriestaaten, die freiwillige Entwicklungshelfer entsenden?
101. Abgeordneter **Schluckebier** (SPD)	Gibt es Bestrebungen, die wirtschaftliche, soziale und arbeitsrechtliche Stellung der Mitglieder von Entwicklungsdiensten in den verschiedenen Industriestaaten einander anzugleichen, z. B. im Rahmen von Entwicklungshelfergesetzen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

102. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Welche Vorgänge beim Bundesnachrichtendienst in Pullach haben jüngst zum Rücktritt des dortigen Personalrats geführt?

103. Abgeordneter **Dr. Klein (Göttingen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebene Informationsschrift „Die deutsch-polnischen Vereinbarungen" nach Austausch der Ratifikationsurkunden sofort, ergänzt um das Schreiben des Außenministers der Volksrepublik Polen vom 8. März 1976 an den Bundesminister des Auswärtigen und die ihm beigegebene Erklärung des polnischen Außenministers gegenüber der Polnischen Presseagentur, das Schreiben des Bundesministers des Auswärtigen an den Außenminister der Volksrepublik Polen vom 9. März 1976 in der Fassung vom 11. März 1976, das Bestätigungsschreiben des polnischen Außenministers an den Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und den Briefwechsel zwischen dem Bundesminister des Auswärtigen und dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes vom 9. März 1976, neu aufzulegen?

104. Abgeordneter **Grimming** (SPD)

In welcher Weise hat sich die Zahl der Mitarbeiter der Außenstelle des Bundespresseamts in Berlin (West) in den letzten drei Jahren entwickelt, und welche Gründe sind für diese Entwicklung maßgebend?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

105. Abgeordneter **Dr. Probst** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Auffassung vertreten hat, die Bundesrepublik Deutschland hätte sich in den Westverträgen lediglich verpflichtet, „gegenüber ihren westlichen Partnern keine Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele anzuwenden", während es sich in Wahrheit um einen allgemeinen Gewaltverzicht handelte, und wenn ja, was hat die Bundesregierung getan, um die Rechtslage gegenüber dieser falschen Wiedergabe unzweifelhaft klarzustellen?

106. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob — wie im Bonner General-Anzeiger vom 12. März 1976 berichtet — in der Sowjetunion millionenfach menschenrechtswidrige KZ-Praktiken angewandt werden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um auf die Erhaltung der auch von der Sowjetunion unterschriebenen UNO-Charta und der KSZE-Dokumente hinzuwirken, die einer derartigen Praxis entgegenstehen?

107. Abgeordneter **Sauer (Salzgitter)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nach der erneuten Verweigerung von Einreisevisa an Journalisten der Bundesrepublik Deutschland durch die „DDR" bereit und entschlossen, ein Instrumentarium angemessener Reaktionen zu entwickeln, um nicht nur der „DDR", sondern auch anderen sich ähnlich verhaltenen Ostblockstaaten bei Verstößen gegen bestehende Vereinbarungen bzw. gegen die KSZE-Schlußakte von Helsinki in geeigneter Weise entgegenzuwirken?

108. Abgeordneter **Freiherr von Fircks** (CDU/CSU)

Welche Aussage von Kabinettmitgliedern über die jüngsten Renten- und Ausreisevereinbarungen mit Polen entspricht der Auffassung des Gesamtkabinetts, die des Bundesaußenministers Genscher, daß der Briefwechsel zu den Verträgen völkerrechtliche Verbindlichkeit hat oder die von Bundesminister Bahr, daß dies nicht der Fall ist, sondern der Briefwechsel nur den Wert einer nichts verändernden kosmetischen Schönheitsoperation hat?

109. Abgeordneter **Hansen** **(SPD)**

Trifft es zu, daß die Regierung der Vereinigten Staaten unverändert bereit ist, das Document Center in Berlin, dessen Kosten bereits von der Bundesrepublik Deutschland getragen werden, in deutsche Hände zu übergeben?

110. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Aus welchen Gründen hält die Bundesregierung es „zur Zeit nicht für opportun, die Verhandlungen in dieser Sache konkret fortzuführen" (Stenographischer Bericht über die 227. Sitzung am 11. März 1976) bzw. warum besteht „zur Zeit keine Möglichkeit, zu einem Ergebnis" (a. a. O.) zu kommen?

111. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein Angestellter der deutschen Botschaft in Wien, der für die Sowjets spioniert hatte, gegen seine Kündigung das Arbeitsgericht angerufen hat und die Bundesregierung für eine einvernehmliche Lösung 50 000 DM aufzuwenden bereit ist, und wie rechtfertigt die Bundesregierung — bejahendenfalls — ihre Haltung?

112. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den Anträgen für Besuchsreisen in die Gebiete jenseits von Oder und Neiße die Rubrik „Datum der Auswanderung aus VR Polen" ausgefüllt werden muß und „unwahre Angaben zur Verweigerung des Visums führen", obwohl die Mehrzahl der Besucher nicht ausgewandert, sondern vertrieben worden ist, und was vermag die Bundesregierung gegen diese Vorschrift zu unternehmen?

113. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung darüber informiert, ob Auszüge aus Standesamtsurkunden in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße gefälscht werden, indem die Ortsnamen und

Vornamen entgegen dem Eintrag in den Urkunden in polnischer Fassung wiedergegeben werden, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die polnische Regierung darauf hinzuweisen, daß Abschriften von Urkunden mit dem Original übereinstimmen müssen?

114. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Wie ist die Weigerung von Bundeskanzler Schmidt am 11. März 1976 gegenüber führenden Politikern von CDU und CSU, an den Abkommen mit Polen noch Nachbesserungen erreichen zu wollen, in Übereinstimmung zu bringen mit den erfolgreichen Bemühungen von Bundesaußenminister Genscher, für seinen Brief vom 8. März 1976 die Zustimmung zur Streichung des entscheidenden Wortes „können" seitens der polnischen Regierung zu erreichen, um damit sicherzustellen, daß alle ausreisewilligen Deutschen Polen verlassen können, und muß aus dem Verhalten des Bundeskanzlers nicht der Schluß gezogen werden, die deutschen Interessen und die Interessen der ausreisewilligen Deutschen nicht entschieden genug vertreten zu haben?

115. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Wie ist die Aussage von Bundeskanzler Schmidt vor dem Plenum des Bundesrates am 12. März 1976, „daß dieser Briefwechsel keine Automatik auslöst", sowie die in einem Presseartikel wiedergegebene Ansicht von Bundesminister Bahr, „Franz-Josef Strauß hatte recht mit seinem Zweifel, ob sich daraus eine völkerrechtliche Verpflichtung ergibt", vereinbar mit der Erklärung von Bundesaußenminister Genscher vor dem Bundesrat, „durch das Bestätigungsschreiben des polnischen Außenministers wird der Briefwechsel völkerrechtlich wirksam", und muß daraus möglicherweise sogar der Schluß gezogen werden, daß der Bundesaußenminister den Bundesrat über die wirkliche Haltung des Kabinetts zur Verbindlichkeit des Briefwechsels falsch informiert hat?

116. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung die völkerrechtliche Verbindlichkeit der Ausreisefreiheit im Rahmen der weltweiten Verbindlichkeit der Menschenrechte restriktiv beurteilt?

117. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß unter den Aussiedlern 25% mit polnischem Reisepaß ausgestattet sich nach der Ankunft bei der polnischen Botschaft registrieren und mit konsularischen Pässen der Volksrepublik Polen versehen lassen müssen, während die anderen ³/₄ der Aussiedler grüne oder blaue Reisedokumente, von denen die letzteren ebenfalls zur Rückkehr berechtigen, als aus der polnischen Staatsangehörigkeit Entlassene bekommen, und was folgert die Bundesregierung daraus?

118. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, sich an den freiwilligen Beiträgen zu beteiligen, mit denen Mocambique auf Empfehlung der Vereinten Nationen für die Verluste entschädigt werden soll, die es sich durch seine Boykottpolitik der Gewaltanwendung, Drohung und Erpressung selbst zufügt, und wie hoch wird — bejahendenfalls — der deutsche Beitrag dafür sein?

119. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Hat der Bundesaußenminister mit seinen Äußerungen, in Italien und Frankreich zeichneten sich bedrohliche Entwicklungen im Hinblick auf den Vormarsch der Kommunisten im Rahmen von Volksfrontbündnissen ab, die offizielle Auffassung der Bundesregierung wiedergegeben?

120. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, und wenn ja, aus welchen Gründen hat die Bundesregierung eine Beteiligung an der wichtigsten Interessengruppe der Industrieländer auf der Seerechtskonferenz, der sogenannten Fünfergruppe — bestehend aus den Ländern USA, Japan, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion — abgelehnt, und weshalb hat sie nachträglich — wenn auch vergeblich — versucht, in diese Gruppe aufgenommen zu werden?

121. Abgeordneter **Dr. Todenhöfer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, und wenn ja, aus welchen Gründen hat sich das Bundeskabinett trotz monatelangem Drängen des Bundeswirtschaftsministeriums erstmals im März 1976 — kurz und außerhalb der Tagesordnung — mit der Seerechtskonferenz beschäftigt, obwohl die erste Session dieser Konferenz bereits am 3. Dezember 1973 stattfand, und die Tragweite der geplanten Beschränkungen der maritimen Interessen der Bundesrepublik Deutschland spätestens mit der Verteilung der sogenannten „Informal Single Negotiating Texts" nach der dritten Session im Mai 1975 bekannt war?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Zink** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß im Antwortschreiben des Kanzleramts auf das Einladungsschreiben des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Adam-Opel-AG, Herrn J. P. Mc Cormack, vom 12. Dezember 1975 ausgesagt wird, daß der Bundeskanzler auf Einladung des Betriebsrats in einer Betriebsversammlung zur Belegschaft sprechen wird, obwohl in dem Einladungsschreiben zwar eine Einladung zum Besuch des Bundeskanzlers des Werks in Rüsselsheim am 23. März 1976, aber nicht zu einer Rede im Rahmen einer Betriebs- oder Belegschaftsversammlung enthalten war, und welches Datum trägt der Brief des Kanzleramts?

2. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, Ost-Berlin habe Berichterstattern des westfälisch-lippischen Sonntagsblatts „Unsere Kirche" sowie der Sonntagsblätter „Der Weg" und „Sonntagsgruß" zweimal ohne Angabe von Gründen die Einreise in die Kirchenprovinz Sachsen verweigert, was drei Monate nach Antragstellung schließlich mitgeteilt wurde, und wie wertet die Bundesregierung — bejahendenfalls — diesen neuerlichen Verstoß gegen die Abmachungen mit Ost-Berlin und die Vereinbarungen von Helsinki?

3. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Aufträge sind seit dem 1. Januar 1970 unter jeweiliger Angabe von Haushaltsjahr, Maßnahme und gezahltem Betrag von der Bundesregierung und/oder anderen Bundesbehörden an die Düsseldorfer Werbeagentur ARE vergeben worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

4. Abgeordneter **Dr. Starke (Franken)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag eine Dokumentation vorzulegen, die alle Elemente enthält, die am 12. März 1976 Grundlage für die Zustimmung des Bundesrates zu den Vereinbarungen mit Polen waren, insbesondere die Elemente, die zur einstimmigen Zustimmung des Bundesrates führten, nachdem der außenpolitische Ausschuß des Bundesrates noch am 10. März 1976 auf Grund der ihm vorliegenden Unterlagen eine Empfehlung, den Vereinbarungen mit Polen zuzustimmen, abgelehnt hatte?

5. Abgeordneter **Dr. Starke (Franken)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, dem Deutschen Bundestag mit dieser Dokumentation ihre Wertung aller dieser Elemente, die zur einstimmigen Zustimmung des Bundesrates zu den Vereinbarungen mit Polen geführt haben, und insbesondere hinsichtlich ihrer völkerrechtlichen Wertung und Verbindlichkeit, vorzulegen?
6. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Wann und auf welche Weise wird die Bundesregierung Abhilfe wegen der außerordentlich beengten räumlichen Verhältnisse an der deutschen Schule in Rom schaffen, nachdem das für einen Erweiterungsbau erworbene Grundstück wegen der Verweigerung der Bauerlaubnis für den beabsichtigten Zweck nicht genutzt werden kann?
7. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung — gegebenenfalls bis wann — einen Grundstückskauf für die deutsche Schule ins Auge fassen, da die Schülerzahl der deutschen Schule in Thessaloniki ständig im Steigen begriffen ist, eine 3-zügige Oberstufe eingerichtet wurde und somit eine Erweiterung oder ein Neubau der bestehenden Schule dringend erforderlich geworden ist?
8. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Ist es richtig, daß für Besucher aus Ungarn, insbesondere für Rentner, die Erteilung von Visen durchschnittlich $1^1/_2$ bis 2 Monate dauert, und was kann für eine Abkürzung dieser Fristen geschehen?
9. Abgeordneter **Geldner** (FDP)	Trifft es zu, daß die Interessen der Bundesrepublik Deutschland in den entscheidenden früheren Konferenzphasen von der Bundesregierung nicht gebührend vertreten worden sind, so daß die Bundesrepublik Deutschland schon von vornherein zu den Verlierern der UN-Seerechtskonferenz gehört, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um die zu erwartenden Nachteile für die Bundesrepublik Deutschland möglichst gering zu halten?
10. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die regierungsamtliche Moskauer Zeitung Iswestija die Schließung von Radio Liberty und Radio Free Europe als unerläßlich für die Verwirklichung der Beschlüsse von Helsinki bezeichnet hat, und wird die Bundesregierung diesen Sendern auch weiterhin wie bisher ihre vom Grundrecht auf Informations- und Meinungsfreiheit geschützte Tätigkeit ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

11. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)	Wie begründet die Bundesregierung ihre Behauptung (Drucksache 7/4873), daß es einen „nicht gerechtfertigten Verwaltungsaufwand" verursachen würde, wenn eine Liste der Bearbeiter von Gutachten angefertigt würde, in der auch eventuell Bundestagsabgeordnete als Auftragnehmer auftauchen?
12. Abgeordneter **Link** **(CDU/CSU)**	Wie hoch ist der Verwaltungsaufwand für die Anfertigung von Listen über alle Gutachten der Bundesregierung von 1970 bis 1975, unter Berücksichtigung der Tatsache, daß im Rahmen der von der Bundesregierung beschlossenen Koordinierung der Ressortforschung schon eine Erfassung von Forschungsprojekten stattfindet und auch der Bundesforschungsminister regelmäßig eine Liste der Gutachten und Studien vorlegt?
13. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Trifft die Nachricht zu, daß der Parlamentarische Staatssekretär Offergeld beabsichtigt, am 26. März 1976 auf einer Personalversammlung zu den Beschäftigten des Fernmeldeamts Konstanz zu sprechen?
14. Abgeordneter **Dr. Stark (Nürtingen)** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Betriebsfrieden und das Vertrauensklima unter den Beschäftigten erheblich gestört würde, wenn ein als Mitglied der Führungsmannschaft der SPD für den Landtagswahlkampf aktiv wahlkämpfender Staatssekretär unter dem Deckmantel einer Personalversammlung die politische Auseinandersetzung in die Dienststelle hineintragen würde, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?
15. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)	Ist auch die Bundesregierung der Meinung, daß das Bundespersonalvertretungsgesetz den Teilnehmerkreis an Personalversammlungen ausdrücklich beschränkt (§ 48 BPersVG) und Politiker nicht zu den teilnahmeberechtigten Personen gehören, und wenn ja, wird die Bundesregierung dieser Auffassung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs Geltung verschaffen?
16. Abgeordneter **Dr. Wörner** **(CDU/CSU)**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es einen eklatanten Verstoß gegen das Verbot der parteipolitischen Betätigung (§ 67 Abs. 1 BPersVG) und gegen die Friedenspflicht (§ 66 Abs. 2 BPersVG) darstellen würde, wenn der Parlamentarische Staatssekretär Offergeld auf einer Personalversammlung zu den Beschäftigten des Fernmeldeamts Konstanz sprechen würde?

17. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung unter den gegebenen Umständen einen Anlaß, ihre Mitglieder anzuhalten, die gesetzlichen Vorschriften zu achten und eine Parteipolitisierung von Dienststellen und Betrieben zu unterlassen?
18. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)	Wie hoch sind die Kosten privater Unternehmen und Verbraucher und Gebiets- und anderer öffentlicher Körperschaften zur Erfüllung der verschiedenen Umweltschutzverpflichtungen, die in den letzten vier Jahren entstanden sind?
19. Abgeordneter **Reuschenbach** (SPD)	Liegen der Bundesregierung Schätzungen über die Entwicklung dieser Kosten in den nächsten Jahren, einschließlich derer, die durch eine neue Lärmschutzverordnung anfallen, vor?
20. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um in der gegenwärtigen Wegwerfsituation den Rohstoff „Altpapier" im Recyclingverfahren der wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen?
21. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Welcher praktische Nutzen ist bisher in der Bundesrepublik Deutschland aus den Erkenntnissen und Vorschlägen einer Studie der Europäischen Gemeinschaft über Recycling von Altpapier gezogen worden?
22. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung eine Übersicht geben über die Zahl der Umsiedler, die sich zur Zeit in Aufnahmelagern befinden, und die durchschnittliche Verweilzeit bis zur Einweisung in eine Wohnung?
23. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)	Wird der von der Europäischen Gemeinschaft ins Auge gefaßte europäische Paß für die Staatsangehörigen aller Mitgliedsländer u. a. auch in deutscher Sprache abgefaßt sein, oder wird er nur für Paßinhaber deutscher Staatsangehörigkeit eine deutschsprachige Fassung erhalten?
24. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	Trifft es zu, ein führender Funktionär der DKP habe gegenüber Radio Moskau die 1956 für verfassungswidrig erklärte KPD als „unsere Partei" bezeichnet, die sie, die Kommunisten, „1968 als DKP neu konstituiert" hätten, und wie beurteilt die Bundesregierung — bejahendenfalls — daraufhin die Identität von früherer KPD und heutiger DKP und damit die Erstreckung des verfassungsgerichtlichen KPD-Verbots auf die DKP?
25. Abgeordneter **Grimming** (SPD)	Treffen Meldungen zu, wonach der Sitz des Instituts für Berufsbildungsforschung noch in diesem Jahr schwerpunktmäßig von Berlin (West) weg nach Braunschweig oder in eine andere Stadt verlegt werden soll?

26. Abgeordneter **Grimming** (SPD)

Welche anderen Einrichtungen, Behörden, Institute usw. des Bundes sollen gegebenenfalls darüber hinaus noch in diesem Jahr oder in absehbarer Zukunft von Berlin (West) abgezogen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

27. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, eine Änderung des § 971 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorzuschlagen, um die dort festgelegten Wertgrenzen und Prozentsätze gegebenenfalls den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen?

28. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung einen Überblick über die Reaktionen geben, die sie und die Bundesanzeiger Verlags-GmbH auf die Ankündigung erhalten haben, den Fundstellennachweis für das Recht der Europäischen Gemeinschaften wegen mangelnden Interesses nicht fortzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

29. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Trifft es zu, daß nach dem Urteil des Bundesfinanzhofs vom 23. Januar 1976 (VI R 62/74) Mietern von Wohnungen an verkehrsreichen Straßen oder Kreuzungen, die aus eigener Initiative Schallschutzaufwendungen durch Schalldämmfenster machen, Absetzungen nach § 33 des Einkommensteuergesetzes nicht zugestanden werden können, und wenn ja, wird die Bundesregierung in Anbetracht der Tatsache, daß es den allermeisten Mietern unmöglich sein dürfte, entsprechende Minderungen des Mietzinses durchzusetzen, eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften oder der entsprechenden Verordnungen vorbereiten, die auch in Fällen dieser Art Absetzungen von dem zu versteuernden Einkommen zulassen?

30. Abgeordneter **Lenders** (SPD)

Welche Kreditinstitute haben nach bisheriger Kenntnis der Bundesregierung das seinerzeit erlassene Verbot des Verkaufs von inländischen festverzinslichen Wertpapieren an Ausländer nicht eingehalten, um welche Beträge handelt es sich dabei, und wie gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls ein solches Unterlaufen der Konjunkturpolitik zu verhindern?

31. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wieviel Haushaltsmittel hat die Bundesregierung in der 6. und bisher 7. Legislaturperiode (getrennt nach Legislaturperioden) an Drucksachen für Publikationen aller Art (Bücher, Broschüren, Faltblätter, laufende Veröffentlichungen und ähnliches) ausgegeben, und wieviel wurden davon an welche Druckhäuser im nordbayerischen Raum in absoluten Summen, getrennt nach Legislaturperioden, vergeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

32. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Stadt Mechernich und die Gemeinde Weilerswist im Kreis Euskirchen als Mitort zum Schwerpunktort Euskirchen im Zusammenhang mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" anzuerkennen, zumal die Stadt Mechernich und die Gemeinde Weilerswist in enger Funktion zum Schwerpunktort steht, Industriegelände zur Verfügung gestellt ist und ein direkter siedlungsstruktureller Zusammenhang zum Schwerpunktort Euskirchen besteht?

33. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Gemeinde Hellenthal im Kreis Euskirchen als Mitort zum Schwerpunktort Schleiden anzuerkennen, zumal seit Jahrzehnten eine enge Bindung besteht, Industriegelände seit vielen Jahren bereitsteht und genutzt wird und auch der siedlungsstrukturelle Zusammenhang augenfällig ist?

34. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie ist die Eigenkapitalbildung bei Personenhandelsgesellschaften und Einzelfirmen seit 1970 verlaufen, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?

35. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Welchen Aussagewert hat die Bundesbankstatistik im Hinblick auf diese Fragestellung?

36. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) nach der Gebührenordnung für Architekten vom 23. Juli 1974 dem Architektenhonorar zugeschlagen werden kann, und wenn ja, wird die Bundesregierung diesbezüglichen Zweifeln mit geeigneten Mitteln — notfalls durch authentische Interpretation der angeführten Gebührenordnung — entgegentreten?

37. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob bei der Anrechnungsverordnung für das Berufsgrundbildungsjahr sowie bei der Anrechnungsverordnung für die zweijährige Berufsfachschule die jetzt geltende Anrechnung von einem Jahr Lehrzeit insoweit zurückgenommen wird, als man die Formulierung „bis zu einem Jahr" wählt, die sicherstellt, daß die Zeit der praktischen Ausbildung auf dem gewerblichen Sektor von Fall zu Fall richtig, d. h. nicht zu knapp, bemessen werden kann?
38. Abgeordneter **Lenders** (SPD)	Treffen nach Informationen der Bundesregierung Presseberichte zu, nach denen die Optikerverbände die Brillen- und Glasproduzenten auffordern, branchenfremde Brillenverkäufer zu boykottieren, und ist ein solches Verhalten von Fachhändlern und Fachindustrie wettbewerbsrechtlich zulässig, beziehungsweise was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu unternehmen?
39. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)	Inwieweit sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit und ist bereit sie zu nutzen, von der Fa. Krages, Scheuerfeld, öffentliche Investitionshilfen zurückzufordern, die im Jahr 1975 in Höhe von 1,2 Millionen DM gewährt wurden, falls das Werk in diesem Jahr stillgelegt wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

40. Abgeordneter **Geldner** (FDP)	Wie hat sich die Kindergeldreform für die Landwirtschaft ausgewirkt, und wie stellen sich diese Leistungen der öffentlichen Hand in der Einkommensrechnung dar?
41. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)	Wie wirken sich die Transportsubventionen für Agrarprodukte in Frankreich auf den Wettbewerb im EG-Agrarmarkt aus, nachdem die deutsche Frachtbeihilfe für Getreide ausläuft?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

42. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung mitteilen, welche Mittel sie aus dem europäischen Sozialfonds (1975 ein Betrag von 45,11 Millionen Rechnungseinheiten — RE) für Behinderte in der Bundesrepublik Deutschland erhalten hat, und an wen und für welche Zwecke diese Mittel vergeben wurden?

43. **Abgeordneter Dr. Schwörer** (CDU/CSU)	Können diese Mittel aus dem europäischen Sozialfonds in Anbetracht der Tatsache, daß das Europäische Parlament sich verschiedentlich für die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit eingesetzt hat, nicht mit Schwerpunkt für Rehabilitationseinrichtungen von jugendlichen Behinderten eingesetzt werden, wo ein deutlicher Mangel an Plätzen besteht?
44. **Abgeordneter Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)	Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um den zahlreichen Anspruchsberechtigten deutscher Rentenleistungen, die in Staaten wohnen, mit denen die Bundesrepublik Deutschland kein Sozialversicherungsabkommen schloß, zu helfen?
45. **Abgeordneter Dr. Becher (Pullach)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, dabei insbesondere an Anspruchsberechtigte zu denken, die aus Gründen der Familienzusammenführung in den letzten Jahren ihren Wohnsitz im überseeischen Ausland (Australien, Brasilien usw.) nehmen mußten?
46. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)	Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß das geltende Recht offenbar keine ausreichenden Sanktionen gegen sogenannte Warnstreiks und deren Unterstützung durch Gewerkschaften vorsieht, und wenn ja, welche Folgerungen wird die Bundesregierung daraus ziehen?
47. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)	Sieht die Bundesregierung in Warnstreiks — insbesondere dann, wenn diese materiell und ideel durch die Gewerkschaft unterstützt werden — bundespolitisch relevante Umstände, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus unter Berücksichtigung der in jüngerer Zeit durchgeführten oder angekündigten Warnstreiks und des Grundsatzes ziehen, daß rechtmäßige Arbeitskampfmaßnahmen nur von den Tarifvertragsparteien als letztes Mittel nach Ausschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten ergriffen werden können?
48. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)	Wird die Vorschrift, wonach Versicherte, die selbst oder deren Angehörige ohne zwingenden Grund ein anderes als das nächstgelegene Krankenhaus aufsuchen, die dadurch entstehenden Mehrkosten selbst zu tragen haben, sowie die Vorschrift, durch die die Kassen festlegen können, daß sie Krankenhauspflege nur an bestimmte Krankenhäuser zahlen, von allgemeinen Ortskrankenkassen dazu mißbraucht, das Recht auf die freie Wahl des Krankenhauses einzuschränken, und wie wird — bejahendenfalls — die Bundesregierung diesen Mißstand beseitigen?

49. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den in äußerster Bedrängnis geratenen privaten Kurheimen in dem im hessischen Zonenrandgebiet gelegenen Staatsbad Bad Hersfeld durch Belegung mit Kurgästen zu helfen, nachdem eine jahrelange Bevorzugung großer Kurheime und Sanatorien und neuerdings die Folgen des Haushaltsstrukturgesetzes (Einschränkung von Badekuren und der Erholungsfürsorge im Kriegsopferrecht) zu einem existenzbedrohenden Rückgang der Belegungszahlen geführt haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

50. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Kosten je Flugstunde der Flugzeuge der Luftwaffenflugbereitschaft Bonn-Wahn vom Typ „Jet-Star", „HFB-Jet" und „Boeing 707"?

51. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Sind außer dem Stammpersonal der Flugbereitschaft Bonn-Wahn für Flüge zusätzlich auch Offiziere, Unteroffiziere oder Soldaten der Bundeswehr aus anderen Einheiten oder auch im Rahmen von Reserveübungen eingesetzt?

52. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Leisten die Besatzungen der Flugbereitschaft nur erforderliche Mindeststunden im Rahmen ihrer Aufrechterhaltung der Fluglizenzen, oder sind durch die entsprechenden Anforderungen von Einsätzen diese Flugstundenzahlen auch bisher überschritten worden?

53. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Gibt es im Bereich der Bundeswehrkrankenhäuser eine einheitliche Regelung über die Beteiligung von Mitarbeitern an den Privatliquidationen der Ärzte an Bundeswehrkrankenhäusern, bzw. wird die Bundesregierung entsprechende einheitliche Richtlinien vorbereiten und den Anstellungsverträgen oder Nebentätigkeitsgenehmigungen zugrundelegen?

54. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Wie wird sichergestellt, daß durch die Behandlung von zivilen Privatpatienten die medizinische Versorgung der Soldaten in den Bundeswehrkrankenhäusern nicht beeinträchtigt oder behindert wird?

55. Abgeordneter **Krall** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, für wieviel Bundesdarlehnswohnungen in kleineren Standorten der Bundeswehr derzeit Freihaltekosten gezahlt werden, und wie hoch wird der dadurch verursachte Einnahmeausfall für den Bund geschätzt?

56. Abgeordneter **Krall** (FDP)

Trifft es zu, daß vor allem außerhalb von Ballungsgebieten immer häufiger Soldaten Bundesdarlehnswohnungen räumen und billigere freifinanzierte Wohnungen beziehen, wodurch die örtlichen kommunalen Stellen veranlaßt werden, in die leerstehenden Wohnungen solche Mieter einzuweisen, die wegen Mietrückständen ihre bisherige Wohnung räumen mußten, und wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?

57. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wird die Bundesregierung sich an der Vergleichsprobung zwischen den Panzertypen XM I der USA und dem Leopard II noch beteiligen, obwohl nach jüngsten amerikanischen Aussagen der negative Ausgang für den Leopard II öffentlich schon festgeschrieben ist, oder will sie die dadurch überflüssigen Kosten von rund 60 Millionen DM nicht lieber sparen?

58. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

In welcher Weise nimmt die Bundesregierung ihre Fürsorgepflicht gegenüber Bundeswehrangehörigen wahr, wenn diese wie im Diestelcamp in Eckernförde offensichtlich von Wohnungsunternehmern in bezug auf die Heizungskosten übervorteilt werden?

59. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß anläßlich eines offiziellen Truppenbesuchs, der mit einer Sondermaschine der Bundeswehr von Porz/Wahn aus durchgeführt wurde, auf dem Fliegerhorst Wittmund und im Marinearsenal Wilhelmshaven bei einer Erörterung der Probleme der Erweiterung von Lehrlingswerkstätten u. a. durch die Herren Ministerialdirektor Laabs, Ministerialdirigent Trottenberg, Oberregierungsrat Zimmermann und Oberleutnant Hoose mit den Personalräten zwar die Anwesenheit des SPD-Wahlkreisabgeordneten zugelassen wurde, der für diesen Wahlkreis zuständige CDU-Bundestagsabgeordnete, der sich seit langer Zeit ebenfalls um die Schaffung von Ausbildungsplätzen an diesen Standorten bemüht, jedoch zur Teilnahme an diesem Truppenbesuch nicht eingeladen wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

60. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das Verfahren der Kindergeldzahlung in ausgeprägten Saisonbetrieben der Körperschaften öffentlichen Rechts mit regelmäßig wiederkehrender winterlicher Arbeitsruhe unzumutbar

umständlich ist und einen ebensolchen Verwaltungsaufwand erfordert, da den Verwaltungen der Körperschaften und der Kindergeldkassen jeweils bei den An- und Abmeldungen und bei der Rückforderung der verauslagten Kindergelder erhebliche Arbeiten entstehen, und welche Möglichkeiten der Vereinfachung sieht die Bundesregierung?

61. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Landkreistag von Baden-Württemberg ein weiteres Anwachsen der Deckungsmittel der Landkreise für den ungedeckten Zuschußbedarf des Sozialwesens für das Jahr 1976 und 1977 befürchtet, und hat die Bundesregierung ein Konzept dafür, wie diese gestiegenen Anforderungen an die Landkreise und Städte durch zusätzliche Bundesmittel gemildert werden können?

62. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die Zusammenstellung von Grundüberlegungen für Änderungen des „Bundessozialhilfegesetzes mit dem Ziel von Einsparungen ohne Minderung fürsorglich gebotener Hilfe" bekannt, die der Landkreistag von Baden-Württemberg und der Städtetag von Baden-Württemberg im Februar 1976 vorgelegt haben, welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus den dazu gemachten Vorschlägen ziehen, und vor allem, welcher Zeitplan ist von der Bundesregierung für dieses Thema aufgestellt worden?

63. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung im Sinne der Ausführungen unter Nummern 1 bis 4 in ihrer Antwort vom 12. Februar 1976 auf meine den Weltanästhesie-Kongreß 1980 betreffende Frage der Deutschen Gesellschaft für Anästhesie empfohlen, die ihr übertragene Durchführung des Kongresses in Berlin vorzunehmen, um die in dem Schreiben des Regierenden Bürgermeisters von Berlin erwähnten abträglichen Folgen einer anderweitigen Entscheidung zu vermeiden, und welchen Erfolg haben — bejahendenfalls — die Bemühungen der Bundesregierung gehabt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

64. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie ist der gegenwärtige genaue Stand bei den Planungen der Umgehungsstraße Nordhorn?

65. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung dem Vorschlag der Landesregierung Rheinland-Pfalz zu, wonach das Teilstück der BAB 62 zwischen Freisen und Nohfelden doch innerhalb der Dringlichkeitsstufe 1 a fertiggestellt wird, und die hierfür notwendigen Mittel bei anderen Bundesstraßenbauvorhaben in Rheinland-Pfalz eingespart werden sollen?

66. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß für diejenigen Bundesbahnstrecken, die nach dem betriebswirtschaftlich optimalen Netz (BON) zur Stillegung vorgesehen sind, geringere finanzielle Mittel zur Streckenunterhaltung zur Verfügung gestellt werden, und daß auf diesen Strecken rollendes Material in vergleichsweise geringerer Qualität eingesetzt wird?

67. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch die Bereitstellung geringerer finanzieller Mittel zur Streckenunterhaltung und durch den Einsatz von rollendem Material in vergleichsweise geringerer Qualität Stillegungsmaßnahmen präjudiziert werden könnten, und ist die Bundesregierung bereit, derartige Befürchtungen zu widerlegen?

68. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung nunmehr bereit, die Einführung von Verbundglas auf europäischer Ebene zu unterstützen, nachdem in der Zeitschrift der Stiftung Warentest vom März 1976 eindeutig festgestellt wird, daß Verbundglas dem Einscheibensicherheitsglas in Frontscheiben der Kraftwagen bezüglich der Sicherheit weit überlegen ist?

69. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß seit langem in überzeugenden Versuchen die Überlegenheit des Verbundglases als Sicherheitsfaktor gegenüber dem Einscheibensicherheitsglas bewiesen ist, und wenn ja, welche Gründe haben sie dazu bewogen, bisher keine Entscheidung zugunsten des Verbundglases zu treffen?

70. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß seit Anfang 1975 Güterwagen, die von Neubrücke (Kreis Birkenfeld) nach Martinstein (Kreis Bad Kreuznach) abgefertigt werden, für diese 36 Tarifkilometer lange Fahrstrecke Laufzeiten zwischen drei und fünf Tagen benötigen, weil eine tatsächliche Fahrstrecke von rund 210 km benutzt wird, und wenn ja, wird die Bundesregierung sich für eine rationellere Streckenführung einsetzen?

71. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, die von Behörden der „DDR" ausgestellten Führerscheine würden im freien Teil Deutschlands jetzt wie ausländische behandelt und blieben nach der Übersiedlung des Inhabers in den freien Teil Deutschlands

nur noch ein Jahr gültig, und wie vereinbart die Bundesregierung — bejahendenfalls — diese Regelung mit dem geltenden Recht, wie es im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag seinen Ausdruck gefunden hat?

72. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Prüft die Bundesregierung die Möglichkeit einer Einführung des Turboclair-Verfahrens auf deutschen Flughäfen im Hinblick auf eine Verbesserung der Pistensichtweite bei Nebel, um die Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit des Luftverkehrs zu steigern?

73. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, nach denen zur Beseitigung von Unfallfolgen auf der BAB Helmstedt—Berlin künftig nicht mehr durch Vertrag zugelassene Kran- und Abschleppdienste der Bundesrepublik Deutschland oder West-Berlin betraut werden können, sondern Abschleppdienste der DDR in Anspruch zu nehmen sind, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, durch ihre Vertreter in der Transitkommission auf eine Änderung des Sachverhalts hinzuwirken?

74. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, beim Vorstand der Deutschen Bundesbahn anzuregen, Schwangere, die im Besitz einer Fahrkarte für die 2. Wagenklasse sind, ohne Aufpreis in der 1. Klasse reisen zu lassen?

75. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß der von der Deutschen Bundesbahn angebotene „Seniorenpaß" wegen der Kosten für den Erwerb des Berechtigungsscheins im Grunde einen Zwang auf den Erwerber ausübt, und ist sie bereit zu prüfen, ob nicht eine allgemeine Verringerung der Fahrpreise für Senioren eine angemessenere Vergünstigung darstellen würde?

76. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß es auf der B 258 wegen der Streckenführung und des durch die Bedeutung der Straße als Hauptverbindung in die Eifel starken Lkw-Verkehrs immer wieder zu starken Stauungen kommt, die die Einrichtung einer Kriechspur bzw. den Ausbau auf drei Spuren in den Teilstrecken der „Himmelsleiter" (Relais Königsberg—Jägerhaus und Roetgen—Fringshaus) dringend erfordern und daß schon dadurch nicht ein weiterer möglicher Bedarf, wie im Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 (Drucksache 7/4584) ausgewiesen, sondern schon seit langem ein dringender Bedarf gegeben ist?

77. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Wenn ja, wann kann mit dem Ausbau der B 258 gerechnet werden, und wann wird die B 258 n gebaut, um die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur der Westeifel durch eine bessere Anbindung an den touristisch und wirtschaftlich wichtigen Aachener und Dürener Raum zu erreichen?

78. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß die Behauptung der Deutschen Bundesbahn in der Werbung für ihren Seniorenpaß „Fahr & Spar 50% — Senioren-Paß — Ein Jahr lang reisen zu halben Preisen" nicht der Wahrheit entspricht, weil durch die Kosten des Senioren-Passes nie der wirkliche halbe Fahrpreis erreicht werden wird und außerdem mehrere Fahrten unternommen werden müssen, um überhaupt eine Vergünstigung zu erzielen?

79. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Wie stellt sich die Bundesregierung gegebenenfalls zu der Tatsache, daß ein staatlicher Betrieb gegen die Regeln einer wahrheitsgemäßen Werbung verstößt, und welche Maßnahme ergreift sie in diesem besonderen Fall und im allgemeinen, daß staatliche Betriebe in ihrer Werbung dem Verbraucher das Produkt, für das geworben wird, nicht mit falschen oder unwahren Informationen und Behauptungen anbieten?

80. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung gezogen — insbesondere im Hinblick auf die bei der Deutschen Bundesbahn erarbeiteten Streckenstillegungspläne — auf Grund ihrer eigenen Feststellung im Fünften Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur", „In Unterfranken ist die Standortsituation vor allem in den nördlichen Randbereichen infolge der Verkehrsverhältnisse und der Topographie als ausgesprochen ungünstig zu bezeichnen. Dies gilt vornehmlich für die unmittelbar an die DDR angrenzenden Landkreise. Die ehemals bedeutsamen Nord-Süd-Verbindungen auf Schiene und Straße enden heute an der Zonengrenze."?

81. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit wird die Bundesregierung dafür sorgen, daß nicht vor einer endgültigen Entscheidung über den Fortbestand der Bundesbahnstrecke Betzdorf—Daaden schon zum 1. Juni 1976 die Personenbeförderung derart eingeschränkt wird, daß für die Schulkinder unzumutbare (nach den jetzt bekanntgewordenen Plänen bis zu drei Stunden) Wartezeiten entstehen?

82. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Baubeginn des Ausbaus der B 18 zwischen der baden-württembergisch-bayerischen Landesgrenze bei Ferthofen und dem vorgesehenen Autobahnkreuz Wangen i. A. (bzw. des Baus der als Ersatz für die B 18 vorgesehenen BAB auf der bezeichneten Strecke) entgegen früheren Mitteilungen erst nach 1980 vorgesehen ist, und wie beurteilt die Bundesregierung bejahendenfalls die Auswirkungen einer solchen Verzögerung auf die unhaltbare Verkehrssituation in den Ortsdurchfahrten der jetzigen B 18?

83. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, wonach bei der Verlegung der B 40 zwischen Neuhof und Flieden im Zuge der Umgehung Neuhof (Abschnitt A und B) statt des bisher normalerweise verwendeten gebrochenen Natursteins für den Unterbau eine Zementbefestigung vorgesehen ist, und wie beurteilt die Bundesregierung den damit verbundenen Verlust für die Basaltindustrie des Zonenrandgebiets?

84. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Durch welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung den mit dieser Entscheidung für eine Zementbefestigung verbundenen Ausfall von ca. 40 bis 50 Tausend Tonnen Basalt auszugleichen und die durch den Rückgang des Absatzes um ca. 17% im Jahr 1975 bereits insgesamt gefährdeten Arbeitsplätze der Basaltindustrie im strukturschwachen Zonenrandgebiet auch weiterhin zu sichern?

85. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, daß von montags bis freitags kein Sportflug in der Bundesrepublik Deutschland zugelassen werden soll, und ist bejahendenfalls die Bundesregierung der Meinung, daß Sportflugzeuge an den Beinah-Zusammenstößen in einem Maße beteiligt waren, die eine solche einschneidende Maßnahme rechtfertigen?

86. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der Konferenz der Wirtschaftsminister und -senatoren der vier norddeutschen Küstenländer und Berlins vom 12. März 1975, die zunehmende Wettbewerbsverzerrung zu Lasten der deutschen Seeschiffahrt abzubauen, die sich im europäischen Bereich, dabei insbesondere auch aus der staatlichen Schiffahrtspolitik der COMECON-Länder ergeben haben, und welche Maßnahmen im einzelnen gedenkt sie zu ergreifen?

87. Abegordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Konferenz, verstärkt Zuschüsse für den Neubau von Schiffen bereitzustellen, und ist sie bereit, in besonderer Weise dabei mittelständische Betriebe in die Förderung einzubeziehen?

88. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)	Ist es zutreffend, und wenn ja in welchem Umfang, daß die Deutsche Bundesbahn in starkem Maß Sonderfrachten zu nicht kostendekkenden Preisen von Parallelstrecken zu Schiffahrtsstrecken befördert, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es angesichts des hohen Defizits der Deutschen Bundesbahn und der schwierigen Situation der Binnenschiffahrt nicht Aufgabe von Bundesunternehmen sein kann, den mittelständischen Schiffahrtsunternehmen Konkurrenz zu machen?
89. Abgeordneter **Dr. Evers** (CDU/CSU)	Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß im Bedarfsplan gemäß Anlage zum Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 (Drucksache 7/4584) den seit 20 Jahren andauernden Bemühungen um einen Ausbau der B 31 zwischen Freiburg und Breisach nicht Rechnung getragen wird, und daß diese Bundesstraße nur als „möglicher weiterer Bedarf" vorgesehen ist und nicht in die Dringlichkeitsstufe I A aufgenommen wurde, wie es dem Antrag des Landes Baden-Württemberg aus dem Jahr 1973 entsprochen hätte?
90. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)	Hält es die Bundesregierung der Sicherung von Arbeitsplätzen im Zonenrand, der Strukturverbesserung des ländlichen Raums, der Verbesserung der Lebensqualität sowie der Förderung von Handel und Gewerbe für förderlich, wenn die Deutsche Bundesbahn sich durch Schließung von Expreßgutstellen wie z. B. in Redwitz (Rodach) aus der Fläche zurückzieht, und ist die Bundesregierung bereit, beim Vorstand der Deutschen Bundesbahn eine Überprüfung der Aufhebung der Expreßgutabfertigungsbefugnis beim Bahnhof Redwitz zu veranlassen?
91. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)	Ist das neue Rationalisierungskonzept der Deutschen Bundesbahn für den Personennahverkehr in der Fläche, das sogenannte Regional-Eilzugsystem, bei dem schnelle Nahzüge mit Zubringerbussen kombiniert werden sollen und das mit dem nächsten Winterfahrplan stufenweise sämtliche Nahverkehrszüge ersetzen soll, mit den Arbeiten des Staatssekretärausschusses für das volkswirtschaftlich notwendige Streckennetz zu vereinbaren, bzw. inwieweit könnten hierdurch diese Arbeiten präjudiziert werden?
92. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)	Ist mit dem Regional-Eilzugsystem gleichzeitig eine erhebliche Einschränkung im Fahrplanangebot verbunden, oder bleibt das Angebot an die Bahnkunden trotz Wegfalls der Kleinbahnhöfe und Haltepunkte auch bei dem neuen Konzept im wesentlichen erhalten?

93. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, in die Kommission „Standort Rangierbahnhof München" auch einen Vertreter des „Koordinationskreises Rangierbahnhof München-Nord", zumindest mit dem Status eines Beobachters, aufzunehmen?
94. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)	Ist mit einer Schiffbarmachung des unteren Inns zu rechnen, gegebenenfalls bis zu welchem Zeitpunkt?
95. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Rückwirkungen der Regelungen der Deutschen Bundespost auf die DV-Förderpolitik des Bundesministeriums für Forschung und Technologie?
96. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)	Wie bewertet die Bundesregierung die Regelungen der Deutschen Bundespost angesichts der im Zweiten Datenverarbeitungsprogramm verfolgten Zielsetzung, eine stärkere und breitere Anwendung der Datenverarbeitung in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft als Instrument der Rationalisierung und Leistungssteigerung zu erreichen?
97. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung davon überzeugt, daß das Tempo, mit der sich Telekommunikationsdienste in Qualität und Quantität auf den einzelnen Märkten durchsetzen lassen, ausreicht, um der Bundesrepublik Deutschland nicht nur die internationale Wettbewerbsfähigkeit in einem zentralen Sektor der Zukunftstechnologie zu sichern, sondern auch die Gewähr dafür bietet, daß alle Chancen der volkswirtschaftlichen Rationalisierung und Optimierung in einer Phase umfassender Umstellungsprozesse in der Volkswirtschaft genutzt werden können?
98. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß der wettbewerbsorientierte Datenverarbeitungsmarkt und der durch das Fernmeldemonopol gekennzeichnete Fernmeldemarkt nach unterschiedlichen Grundsätzen organisiert ist?
99. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Ist es mit den Grundsätzen einer wirtschaftlichen und sparsamen Verwaltungsführung vereinbar, daß nach der beabsichtigten Konzentration des Verwaltungsdienstes der Deutschen Bundespost in Marktredwitz (Bayern) dort neue Verwaltungsräume gebaut werden müssen, während im Postamt Tirschenreuth Räume in einer Größenordnung von über 600 qm leerstehen sollen?
100. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Aus welchen Gründen wurden die Prüfungsgebühren für die Erlangung des Flugfunksprechnachweises um mehr als das vierfache von 20 DM auf 90 DM erhöht?

101. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Wie sind die Rückwirkungen auf den Flugsport zu beurteilen?

102. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Welche Erfahrungen wurden im Forschungsinstitut der Deutschen Bundespost (FI) nach dessen Verselbständigung mit den Leitlinien in Forschungseinrichtungen insbesondere im Zusammenwirken von wissenschaftlich-technischem Rat und Institutsleitung in bezug auf die Aufbauorganisation des FI gemacht?

103. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Zweifel aufgekommen sind an der Aufbauorganisation des FI, die zur offensichtlichen Verunsicherung des Personals geführt haben, und wenn ja, welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?

104. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Oberpostdirektion Bremen bestrebt ist, zwei Jugendwohnheime bei der zentralen Ausbildungsstelle des Fernmeldeamts Oldenburg aufzulösen, wodurch künftig Schulabgänger aus dem gesamten Weser-Ems-Gebiet eine Ausbildung als Fernmeldehandwerker nicht mehr erhalten könnten, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung gegen diese im Widerspruch zu dem 300 Millionen DM-Sonderprogramm der Bundesregierung gegen die Arbeitslosigkeit Jugendlicher stehenden Bestrebungen zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

105. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Wieviel Wohnungen müssen nach den bisherigen Erfahrungen für rund 30 000 Umsiedler pro Jahr bereitgestellt werden?

106. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

In welchem Umfang ist die Bundesregierung bereit, auf Grund des Kabinettsbeschlusses vom 17. März 1976 ihre Beteiligung an dem Wohnungsbau für Aussiedler und Flüchtlinge zu erhöhen, um dadurch die angemessene Wohnraumversorgung der deutschen Aussiedler aus Polen sicherzustellen?

107. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Wie beabsichtigt die Bundesregierung, sich zu den Forderungen der Länder zu stellen, die die für 1977 vorgesehenen Aufstockungen der Wohnungsbaumittel angesichts der zu erwartenden Baukostensteigerungen und der Finanzierungslücken in den Ländern nicht für diskutabel bezeichnet haben?

108. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wie vereinbart die Bundesregierung die Mieterhöhungen für Bundesdarlehnswohnungen ab 1. März 1976 und die ebenfalls geplanten Mietsteigerungen für Bundesmietwohnungen ab 1. August 1976 mit den Grundsätzen der Wohnungsfürsorge, insbesondere für Angehörige der Bundeswehr?

109. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wieviel Anteile an den bewilligten Mitteln aus dem Programm zur Altbausanierung entfallen auf die einzelnen Bundesländer, und wie teilen sich die bewilligten Mittel auf private Antragsteller und auf Wohnungsbaugenossenschaften auf?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

110. Abgeordneter **Gierenstein** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, ein herz- und magenkranker Dresdner Schriftsteller werde seit 23 Monaten in der „DDR"-Strafanstalt Cottbus im Keller in lebensgefährlicher Einzelhaft gehalten, und wird — bejahendenfalls — die Bundesregierung die Weltöffentlichkeit auf dieses besonders skandalöse Verhalten der Ostberliner Machthaber aufmerksam machen?

111. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung veranlaßt hat, die Veröffentlichung der Namen von weiteren ausreisewilligen Deutschen aus der DDR durch das deutsche Fernsehen zu verhindern, und wie läßt sich gegebenenfalls eine derartige Haltung der Bundesregierung mit den Geboten der Menschlichkeit in Einklang bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

112. Abgeordneter **Pfeifer** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wird die Musikforschung der Bundesrepublik Deutschland direkt oder indirekt durch die Bundesregierung gefördert, und gedenkt die Bundesregierung, insbesondere eine längerfristige Finanzierung der Dokumentation „Musikalisches Erbe und Gegenwart — Musiker-Gesamtausgaben in der Bundesrepublik Deutschland" zu ermöglichen?

113. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Trifft es zu, daß die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) eine „absolute Wirksamkeit" bei ihrer Kontrolle von Kernkraftwerken in Zukunft nicht gewährleisten kann und daß die Käufer von Kernenergieanlagen hinreichend technologisches Wissen erwerben, um kerntechnische Installationen zu nicht friedlichen Zwecken in eigener Entwicklung herzustellen, wie vom Generaldirektor der IAEO erklärt worden sein soll, und wenn ja, welche Folgerungen ergeben sich daraus im Hinblick auf den Liefervertrag der Bundesregierung mit Brasilien und das Spannungsverhältnis zu Argentinien?

114. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Welche Forschungsaufträge, Gutachten und Studien hat die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn seit 1969 von der Bundesregierung — gegliedert nach Sachgegenstand und Auftragssumme — erhalten, und warum hat Bundesminister Matthöfer diese Frage in seiner letzten Antwort nur für das Jahr 1974 und später beantwortet und nicht auch andere Bundesministerien angeführt?

115. Abgeordneter **Benz** (CDU/CSU)

Welche Forschungsaufträge, Gutachten und Studien hat das Wirtschaftswissenschaftliche Institut des DGB (WIS Düsseldorf) seit 1969 für die Bundesregierung bearbeitet, und warum führt Bundesminister Matthöfer in seiner Antwort auf meine Frage zu diesem Sachverhalt nur die von seinem Ministerium vergebenen Gutachten für 1974 und später an?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

116. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, damit in Kürze Lehrgänge für die Berufsausbildung in den elektrotechnischen Ausbildungsberufen durch das Bundesinstitut für Berufsbildungsforschung geschaffen werden und insbesondere auch kleineren und mittleren Betrieben zur Verfügung stehen?

117. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen dem fehlenden Angebot an praktischen Ausbildungslehrgängen und der nachlassenden Ausbildungsbereitschaft im Bereich der elektrotechnischen Berufe?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

118. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, die Bundesregierung beabsichtige, die deutsche Entwicklungshilfe für Bangladesch zu kürzen und eine mit deutscher Hilfe aufgebaute Rinderzuchtmusterfarm vorzeitig zu übergeben, und wie rechtfertigt die Bundesregierung — bejahendenfalls — diese Haltung?

119. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen (Die Welt vom 18. Februar 1976) zu, wonach die Bundesregierung plant, mit einem Aufwand von zunächst 20 Millionen DM ein für entwicklungspolitische Zwecke vorgesehenes Luftschiff zu entwickeln, das bei einer Firma in Mülheim/Ruhr gebaut werden soll, und warum hat die Bundesregierung bejahendenfalls die Zeppelinstadt Friedrichshafen bei derartigen Projekten nicht in ihre Überlegungen einbezogen?

Bonn, den 26. März 1976